



Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung

43. Sitzung (öffentlich)

5. Mai 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:35 Uhr

Vorsitz: Klaus Strehl (SPD)

Stenografin: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Braunkohlenplan Inden II, Sachlicher Teilabschnitt Umsiedlung Pier Vorlage 13/2780	1
Das Benehmen wird hergestellt.	
2 Entwurf einer "Verordnung zu Regionalen Flächennutzungsplänen nach § 10 a Landesplanungsgesetz" Vorlage 13/2804	2
Das Einvernehmen wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP hergestellt.	

- 3 Entwurf einer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten für die Zulassung, Überwachung sowie Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten bei Vorhaben nach § 20 in Verbindung mit Anlage 1 Nr. 19.3 bis 19.9 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung - UVPG - sowie für den Vollzug der Verordnung über Rohrfernleitungsanlagen - Rohrfernleitungsverordnung - und zur Änderung der Zweiten Verordnung über die Bestimmung besonderer Vollzugsbehörden**

Vorlage 13/2735

6

Der Umweltausschuss hat keine Einwendungen gegen die Verordnung vorzubringen.

- 4 NRW braucht Tempo;
FFH heißt auch: Freie Fahrt auf Hauptwasserstraßen.
Für den Fall einer geplanten FFH-Ausweisung am und im Rhein den umweltfreundlichen Transportweg "Wasserstraße Rhein" sichern.**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4444

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

4

Der erste Absatz des Antrags wird für erledigt erklärt.

Der so modifizierte Antrag wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

- 5 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.11.2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände für das Land Nordrhein-Westfalen - Landes-Hafenentsorgungsgesetz**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4579

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

8

Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen.

6 Getrennte Sammlung von Wertstoffen des Hausmülls ergebnisoffen prüfen

Antrag der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5194

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen 9

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

7 Erstes Gesetz zur Befristung des Landesrechts Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4868

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen 10

Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen.

8 Wettbewerbsfähigkeit der NRW-Chemie darf nicht gefährdet werden - Erhebliche Nachbesserungen an neuer Chemikalien-Verordnung unabdingbar!

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5003

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen 10

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

9 Geplantes Kompetenzzentrum Abfall in Lünen

Vorlage 13/2748

Zu TOP 10 gibt es keine Wortmeldungen.

10 Gemeinsame Studien von MUNLV und Städtetag NRW: Ergebnisse der Studien zur Reduzierung von Verkehrslärm und Abgasen als wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität in den Städten

Der Bericht der Ministerin, erbeten von Bündnis 90/Die Grünen, wird mit Vorlage 13/2811 gegeben.

11 Ozonkonzentration im Sommer 2003: Bewertung/Information/Maßnahmen

-

Die Landesregierung berichtet mit Vorlage 13/2805.

12 Ursachen und Auswirkungen des Flächenverbrauchs und Instrumente zur Begrenzung des Flächenverbrauchs

13

Ministerin Bärbel Höhn erstattet den von der CDU erbetenen Bericht.

Ein in der Landesregierung abgestimmter Bericht wird folgen, der Grundlage für die weitere Diskussion sein wird.

13 Belastungen der Umweltverwaltung durch eine Ausbildungsplatzabgabe?

16

Die Ministerin erstattet den von der FDP-Fraktion erbetenen Bericht.

Nächste Sitzung: 22. Juni 2004

Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung
43. Sitzung (öffentlich)

05.05.2004
mr-ke

7 Erstes Gesetz zur Befristung des Landesrechts Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4868

Abstimmung gem. Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Klaus Strehl führt aus, dieser Gesetzentwurf sei vom Plenum in seiner Sitzung am 28. Januar 2004 an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform - federführend - sowie an alle anderen Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen worden.

Er verweise ferner auf die Vorlage 13/2653.

In der letzten Sitzung habe man den Gesetzentwurf wegen einer möglichen Anhörung des Innenausschusses zunächst vertagt. Nach letzten Informationen werde der Innenausschuss den Gesetzentwurf in Kürze ohne Anhörung abschließend beraten.

Abstimmungsergebnis siehe Beschlussprotokoll.

8 Wettbewerbsfähigkeit der NRW-Chemie darf nicht gefährdet werden - Erhebliche Nachbesserungen an neuer Chemikalien-Verordnung unabdingbar!

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5003

Abstimmung gem. Vereinbarung der Fraktionen

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Antrag vom Plenum in seiner Sitzung am 12. Februar 2004 an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie - federführend -, den Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung sowie den Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik zur Mitberatung überwiesen worden sei.

Karl Kress (CDU) verweist auf den Wirtschaftsausschuss, der den Antrag heute Morgen vertagt habe.

Die nordrhein-westfälische Pilotstudie - eine gute Arbeit - habe Problemfälle aufgezeigt und Vorschläge zur Problemlösung erarbeitet. Die CDU habe die Sorge, dass jetzt nicht der richtige Weg eingeschlagen werde - deshalb der Antrag. Mittlerweile wisse man, dass es einen Folgeauftrag an Prof. Winter, Universität Bremen, und an Herrn Ahrens, Ökopol, zur Umsetzung der Erkenntnisse der Pilotstudie gebe.

Der Abgeordnete regt an, den Antrag zu vertagen, bis die neue Studie vorliege.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) schlägt vor, den Antrag zurückzuziehen. Denn das, was in einigen Wochen oder Monaten durch Landesregierung und Bundesregierung umgesetzt werde, habe möglicherweise mit dem, was im Antrag im Detail beschrieben sei, nichts mehr zu tun.